

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 1 / März 2013
14. Jahrgang



In Büchel lagern immer noch Atomwaffen. Die Bundesregierung bemüht sich derzeit nicht um ihren Abzug. Die Atomkriegsgefahr steigt. Die Friedensbewegung blockiert deshalb 65 Tage den Fliegerhorst der Bundeswehr.

Es ist drei vor zwölf

Wissenschaftler haben die Weltuntergangsuhr auf kurz vor zwölf gestellt – sie sehen die Welt ähnlich bedroht, wie zuletzt 1984

1991 atmete die Welt auf. Der Kalte Krieg war vorbei, die USA und Russland unternahmen erfolgreiche Abrüstungsschritte. Der INF-Vertrag wurde erfüllt – die nuklearen Mittelstreckenwaffen verschrottet – und der Strategic Arms Reduction Treaty (START) zeigte erste Wirkung. Die Politiker beider Länder schienen sich von der Idee, ein überbordendes Nuklear-Arsenal könne ihre nationale Sicherheit gewährleisten, endlich zu verabschieden. »17 Minuten vor Mitternacht« auf der Atomkriegsuhr, urteilte damals das Bulletin of the Atomic Scientists.

Die Doomsday Clock, eine Erfindung des Magazins, symbolisiert seit 1947 die aktuelle Gefahrenlage der Menschheit. Wenn die Bedrohung steigt, wird die Uhr vorgestellt. Entspannt sich die Lage, wandert der Zeiger zurück.

In den späten 90er Jahren zog das Risiko wieder an. Indien und Pakistan testeten ihre Atombomben. Die USA und Russland hielten weiterhin insgesamt etwa 7 000 nukleare Sprengköpfe einsatzbereit. Mit dem neuen Jahrtausend multiplizierten sich die Bedrohungsszenarien. Plötzlich wuchs die Möglichkeit einer nuklearen terroristischen Attacke. Der Iran, so unterstellte man, starte ein eigenes Atomprogramm, Nordkorea führte einen Test durch. Die USA bereitete die Modernisierung ihrer Waffen vor. Und ganz abgesehen davon häuften sich Stürme, Fluten, Dürren – das ganze Ökosystem geriet zusehends aus dem Gleichgewicht.

Ende Januar gab das Bulletin nun bekannt, dass die Doomsday Clock auf drei vor zwölf stehe. »Alarmierend« nannten die Wissenschaftler die nuklearen Pfade, die der Mittlere Osten und Asien derzeit beschreiten, bereits 2012. Den politischen Prozess bezeichneten sie als »inadäquat«, denn angemessene Maßnahmen, um die Sicherheit von Reaktoren zu erhöhen und den Klimawandel abzuschwächen, fehlten.

Die Bestandsaufnahme unserer jetzigen Lage liest sich noch beängstigender: »Der unkontrollierte Klimawandel, die Modernisierung von Atomwaffen und überdimensionale Nuklearwaffenarsenale stellen eine außerordentliche und unbestreitbare Bedrohung für den Fortbestand der Menschheit dar«. Die Schuld sieht das Bulletin vor allem bei den politischen Führungspersönlichkeiten auf der ganzen Welt. »Die Uhr steht jetzt auf drei vor zwölf, weil internationale Politiker es versäumen, ihrer wichtigsten Pflicht nachzukommen – die Gesundheit und Lebenskraft der menschlichen Zivilisation zu schützen«, so das vernichtende Urteil des Bulletin. So schlimm stand es um die Welt zuletzt 1984 – und da war der Kalte Krieg auf seinem Höhepunkt. Sollte der Zeiger noch eine Minute vorrücken, dann hätten wir das Szenario von 1953: Damals experimentierten die beiden Großmächte erstmals mit Wasserstoffbomben, es schien mehr als wahrscheinlich, dass zwischen Chicago und Moskau bald die Raketen fliegen würden. Dennoch hat sich die Geschichte entgegen aller Wahrscheinlichkeiten entwickelt. Engagieren wir uns dafür, dass sie es auch dieses Mal tun wird.

[Julia Berghofer]

IN DIESEM HEFT

Schwerpunkt: 70 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki

Vor der Überprüfungskonferenz

→ Abrüstung in der Krise:
Der INF-Vertrag in Gefahr
[Seite 1, 4, 9]

→ Diplomatisches Bemühen
[Seite 3]

→ Im Blick: Aktionsanregungen
[Seite 5–8 und 10–11]

NEU – DER FILM!



Unser Mut wird langen – nicht nur in Mutlangen

Ost und West bedrohen sich im Kalten Krieg mit tausenden von Atomwaffen. Die US-Armee stationiert 1983 im schwäbischen Mutlangen neue atomare Pershing II-Raketen. Die Gefahr eines Atomkrieges eskaliert. Die Menschen begehren auf. Die Pressehütte und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung machen Mutlangen zum Zentrum gewaltfreien Widerstands. Die Aktionen sind erfolgreich. 1990 werden die Atomraketen aus Mutlangen abgezogen.

Der facettenreiche Dokumentarfilm zeigt historisches Bildmaterial, Zeitzeugeninterviews und aktuelle Aufnahmen. Er spannt den Bogen zu den heutigen gewaltfreien Aktionen gegen die letzten in Deutschland stationierten Atomwaffen in Büchel.

Die DVD kann über die Pressehütte Mutlangen bestellt werden

Telefon: (0 71 71) 7 56 61 oder:
redaktion@pressehuette.de

Liebe Freunde und Freundinnen der Pressehütte Mutlangen, Ihr habt sicherlich schon den einen oder anderen Artikel von mir im FreiRaum gelesen.

Seit letztem Mai schreibe ich zu verschiedenen friedenspolitischen und Abrüstungs-Themen und würde mich an dieser Stelle gerne einmal vorstellen.

Momentan bin ich Politikstudentin in Hamburg, aber eigentlich stamme ich aus dem Süden, nämlich aus München. Vor meinem Umzug in den Norden habe ich dort studiert und als freie Journalistin unter anderem für die »Süddeutsche Zeitung« gearbeitet.

Im letzten Mai bin ich mit einem Uni-Seminar zur Vorbereitungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag bei den Vereinten Nationen in New York gewesen. Wir haben dort die Staatenkonferenz besucht, sind bei NGO-Events dabei gewesen, haben die deutsche Vertretung kennengelernt und bekamen die Gelegenheit, mit Hibakusha zu sprechen.

Diese zehn Tage waren intensiv, anstrengend und absolutspannend – und haben mich dazu gebracht, mich mit dem Thema Abrüstung und Atomwaffen ernsthaft auseinanderzusetzen. Ich fing an für den FreiRaum zu schreiben und habe nach meiner Rückkehr gemeinsam mit einem Kommilitonen ICAN Hamburg gegründet.

Seitdem arbeite ich eng und gerne mit Wolfgang Schlupp-Hauck zusammen und versuche, so oft sich die Chance bietet »vor Ort« die aktuelle Lage im Blick zu behalten, beispielsweise auf der Humanitären Konferenz in Wien letzten Dezember. Auch im kommenden April/Mai habe ich geplant, für den FreiRaum aus New York zu berichten. 2015 steht mit der Überprüfungskonferenz ein wichtiger und einschneidender Punkt in der Abrüstungsdebatte an, vor allem im Kontext der Ukraine Krise, aber auch im Lichte positiver Impulse wie der österreichischen Initiative zur Ächtung von Atomwaffen.



Julia Berghofer



Auf dem Gmünder Teil des ehemaligen Atomwaffenlagers bei Mutlangen produziert ein Solarfeld inzwischen Strom. Doch trotz des für Deutschland beschlossenen Atomausstiegs ist Protest weiter nötig, denn Deutschland fördert weiter die Atomenergie. [Fotos: Pressehütte]



Aus Deutschland fließen jährlich dreistellige Millionenbeträge in das EURATOM Forschungsprogramm. Trotz Atomausstieg und zu Lasten der eigenen und einer europäischen Energiewende! Nach dem Atomausstiegsbeschluss sind die Mitgliedschaft bei EURATOM und Zahlungen für dessen atomfördernde Zwecke vollends widersinnig geworden. Deshalb unterstützt die Pressehütte das

Manifest für die Kündigung des Euratom-Vertrages

Der EURATOM-Vertrag (EAG-V) begründete 1957 die Europäische Atomgemeinschaft (EAG). Er ist seitdem inhaltlich völlig unverändert. Er ist zugunsten der Atomindustrie hoch wirksam. Eine ganze Reihe von Institutionen bezieht ihre Legitimation aus dem EAG-V, wie etwa die Europäische Versorgungsagentur für Kernbrennstoffe.

Das oberste EURATOM-Ziel, der »Aufbau einer mächtigen Kernindustrie in Europa« (Vertrags-Präambel), ist für einen Teil der europäischen »Eliten« keineswegs so überholt, wie es in atomfreien und ausstiegsorientierten EU-Staaten scheint: **die Atomenergie – nicht die Erneuerbaren – soll die große Ablösung der Fossilwirtschaft bringen.** Neue Kernspaltreaktoren, insbesondere »Schnelle Brüter« (Generation-4-Reaktoren, »Astrid« in Frankreich beschlossen), und die Kernfusion (Versuchsreaktor ITER in Cadarache, F) sollen das Atomzeitalter zementieren, weit in die Zukunft hinein. Beide Reaktorprogramme werden durch das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung mit Milliarden Euro gestützt.

Diese beiden Entwicklungslinien können überdies von **atommilitärischem Interesse** bestimmt sein – ein plausibler Hintergrund für das eiserne Festhalten an EURATOM trotz Tschernobyl und Fukushima und trotz der veränderten öffentlichen Meinung. Explizit ausgesprochen haben dieses Doppelziel u.a. der französische Admiral Pierre Lacoste. Ähnliche Äußerungen existieren vom ehemaligen deutschen Generaltruppeninspekteur Klaus-Dieter Naumann und hohen europäischen Politikern wie François Mitterrand und Jacques Delors.

Das starre Festhalten an der Bastion EURATOM geht Hand in Hand mit dem **undemokratischen** Charakter der Atomgemeinschaft: das Europäische Parlament hat in EURATOM-Angelegenheiten nach wie vor kein Entscheidungsrecht, etwa hinsichtlich der Höhe des EURATOM-Budgets. Somit kann es das in Demokratien übliche Budgetrecht

von Parlamenten nicht ausüben. Finanzierung von Atomkraftwerken durch günstige EURATOM-Milliardenkredite oder das große Forschungsbudget sind damit demokratisch nicht legitimiert. All dies führt zu einer massiven **Wettbewerbsverzerrung** zu Lasten der Erneuerbaren Energiequellen (EE).

DREI HANDLUNGSOPTIONEN: ABSCHAFFUNG, REVISION (REFORM), KÜNDIGUNG

Die »Ethik-Kommission« für den Atomausstieg hat 2011 im Entwurf ihres Schlussdokuments der Bundesregierung u.a. **die Kündigung des EURATOM-Vertrags als »die bessere Lösung«** empfohlen. Eine Kündigung liegt in der Macht jedes Mitgliedstaates. Drei Gutachten aus Deutschland und Österreich bestätigen ihre rechtliche Machbarkeit.

Sinnvolle Bestandteile des EAG-V lassen sich in das übrige EU-Vertragswerk überführen. Die beiden anderen Optionen, **Abschaffung oder Revision des EAG-V, benötigen die Zustimmung aller übrigen Mitgliedstaaten.** Sie sind daher derzeit unrealistisch.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung und den Parteien im Deutschen Bundestag:

- Keine deutsche Förderung mehr für die atomare Option in Europa!
- Kündigung des EURATOM-Vertrags, wenn nicht binnen angemessener Zeit eine Revisionskonferenz einberufen und eine echte EURATOM-Reformagenda erstellt wird!

Das Manifest wurde initiiert von Prof. Heinz Stockinger; Plage Salzburg. Es wurde ausgearbeitet unter Mitwirkung von Prof. Dr. Lutz MEZ, FU Berlin (langjährige Schwerpunkte: Atom-, Klimaschutz- und Elektrizitätspolitik) und Hans Josef FELL MdB a.D.

Plattform gegen atomare Gefahren Salzburg
www.plage.cc



Alexander Kmentt

[Foto: ICAN]

Das Bohren dicker Bretter

DER PROZESS UM DIE HUMANITÄREN AUSWIRKUNGEN VON ATOMWAFFEN

Die humanitäre Initiative ist die einzige konkrete und positive Abrüstungsentwicklung, die auf den Aktionsplan der Überprüfungs-konferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) 2010 zurückgeführt werden kann. Die Konferenz in Wien Anfang Dezember 2014 war die letzte Aktivität in diesem Bemühen (Wir berichteten im letzten FreiRaum). Österreichs Direktor der Abteilung für Abrüstung, Rüstungskontrolle Botschafter Alexander Kmentt zieht in einem Interview Bilanz.

Zum Abschluss der Konferenz hat Österreich eine Erklärung abgegeben, in der es sich verpflichtet daran zu arbeiten, »die rechtliche Lücke zum Verbot und der Vernichtung von Atomwaffen zu schließen« und alle Staaten dazu einlädt, sich dieser Verpflichtung anzuschließen. Wie ist die bisherige Resonanz auf die Selbstverpflichtung Österreichs und was erwarten Sie sich davon in Zukunft?

Österreich hat sich während der Wiener Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Kernwaffen sehr bemüht, alle in der Konferenz vertretenen Meinungen, Positionen und die Schlussfolgerungen in der »Zusammenfassung des Vorsitzenden« zu widerspiegeln. Es ist klar, dass manche Staaten dabei offensiver für die Abschaffung und das Verbot von Nuklearwaffen eintreten, andere zurückhaltender sind oder aufgrund politischer und militärischer Positionen auf ein Sicherheitskonzept mit Nuklearwaffen zurückgreifen. Österreich verpflichtete sich darüber hinaus in einer nationalen »Selbstverpflichtung«, die Schlussfolgerungen der Wiener Konferenz in allen relevanten Foren zu präsentieren – vor allem im Kontext des Nichtverbreitungsvertrages – und mit gleichgesinnten Akteuren auf der Basis der humanitären Argumentation darauf hinzuwirken, dass die völkerrechtlichen Lücken im Zusammenhang mit Nuklearwaffen, d. h. Verbot und

Eliminierung, weiterverfolgt werden. Österreich bemüht sich aktuell, dass möglichst viele Staaten sich diesem Aufruf anschließen. Ziel ist es, mit breitest möglicher Unterstützung der humanitären Initiative in die NVV-Überprüfungs-konferenz zu gehen und dieses einzigartige Momentum zu nutzen. Bisher gab es unterschiedliche Reaktionen. Wie zu erwarten ist es unwahrscheinlich, dass NATO-Staaten ihn unterstützen. Es gibt aber auch sehr positive Resonanz seitens vieler Staaten. Sehr erfreulich war für uns zum Beispiel die Nachricht der 33 Staaten aus Lateinamerika und der Karibik (CELAC), sich der Selbstverpflichtung anzuschließen.

Wie werden die Ergebnisse der Wiener Konferenz in die Überprüfungs-konferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages einfließen?

Ich glaube, dass durch den vermehrt humanitären Fokus in den letzten Jahren viele Staaten beim NVV erkannt haben, dass die Abrüstungsbemühungen der NPT-Staaten ins Stocken gekommen sind und dass es neuer Wege bedarf, wie die internationale Gemeinschaft Fortschritte im Bereich der nuklearen Abrüstung erzielen kann. Österreich wird die Ergebnisse der Wiener Konferenz mit in die NVV-Verhandlungen nehmen und verstärkt für die humanitären Konsequenzen eintreten. Dafür haben wir ab Jänner 2015 die Koordination gemeinsamer humanitärer Erklärungen im NVV und in der UN-Generalversammlung übernommen. Diese Erklärungen waren 2012 von einer überregionalen Gruppe von 16 Staaten (darunter Österreich) initiiert worden, die mittlerweile von 155 Staaten mitunterzeichnet werden.

Das Interview führte Lucia und Pete Hämmerle. Es ist vollständig veröffentlicht im »Spinnrad 1-15«, dem Rundbrief des Versöhnungsbundes Österreich.

DEUTSCHLAND IM ZWIESPALT

Ende Januar besuchte ein Mitarbeiter der Abteilung für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Auswärtigen Amt eine Vorlesung an der Uni Hamburg. Peter Beerwerth, der das Referat 243 für die Abrüstung chemischer und biologischer Waffen leitet. Er sprach in einer Veranstaltung, die vom Zentrum für Naturwissenschaften und Friedensforschung (ZNF) organisiert wurde, über die aktuellen Herausforderungen der globalen Abrüstung. In seiner Präsentation ging es vor allem um die syrischen Chemiewaffen und deren Vernichtung. Doch auch auf atomare Abrüstung und auf die Humanitäre Konferenz im vergangenen Dezember kam er zu sprechen. So nannte er die Entwicklung, die in Wien angestoßen worden war, eine »neue Dynamik« in der Abrüstungsdebatte. Wohin diese Dynamik führe, sei aber derzeit noch »schwer einschätzbar«, sagte Beerwerth auf eine Nachfrage von Seiten der Studierenden hin. Die deutsche Position befinde sich im Zwiespalt zwischen unseren Nato-Verpflichtungen und unserem Interesse an konkreten Fortschritten bei Umsetzung des NVV-Aktionsplans von 2010, dennoch gebe es eine »Sympathie, konkrete Schritte zu unternehmen«.

Besuch von Peter Beerwerth vom Auswärtigen Amt in der ZNF-Vorlesung »Naturwissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung« am 27. Januar 2015

[Julia Berghofer]

Gute Ziele – keine Durchsetzungskraft

Der Außenminister vor der Abrüstungskonferenz:

Wir leben in bedrohlichen Zeiten. Ukraine-Konflikt, Syrien, Irak, der Vormarsch der Terrorgruppe ISIS im Mittleren Osten oder Boko Haram in Afrika. (...)

Wir müssen akut auf diese Krisen reagieren. (...) Denn eine Welt, die sich immer schneller verändert und die immer enger zusammenwächst, braucht neue Ordnung – und zwar eine Ordnung, die auf Regeln und Recht, Verlässlichkeit und Vertrauen basiert. (...)

Vorankommen auf dem Weg zu dem Endzustand einer nuklearwaffenfreien Welt werden wir nur mit den Nuklearwaffenstaaten.

Und spiegelbildlich gilt das für Fragen der internationalen Ordnung insgesamt: Vorankommen auf dem Weg zu neuer Ordnung können wir nur gemeinsam! (...)

Wir können uns in den heutigen Krisenzeiten eine blockierte, eine handlungsunfähige Abrüstungskonferenz schlicht nicht leisten!

Der Außenminister im Bundestag zum Abzug der Atomwaffen aus Büchel:

Das Thema ist keineswegs aufgegeben. (...) Wir selbst sind in der Frage unverändert engagiert. (...)

Es bleibt ein langfristig anzustrebendes Ziel, möglichst eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen und auf dem Weg dahin den deutschen Boden von Nuklearwaffen zu befreien. Aber es muss verhandelt werden. Niemand kann sich Abrüstungsziele herbeiwünschen, sondern sie müssen, auch hinsichtlich der Nuklearwaffen, politisch durchgesetzt, also in Verhandlungen erreicht werden. Das ist so einfach nicht möglich. Auch wenn Sie daraus einen Vorwurf ableiten, ist es, glaube ich, verantwortungsvolle Außenpolitik, wenn wir bezüglich der Ziele, die wir kurzfristig leider nicht erreichen können, nicht täglich mahnend an die Öffentlichkeit treten, sondern uns auf die Bereiche konzentrieren, in denen wir etwas bewegen können. Deshalb sage ich noch einmal, (...) Wer nicht zur Kenntnis nimmt, dass der Ukraine-Konflikt im Augenblick der Konflikt ist, der uns an vielen anderen außen- und verteidigungspolitischen Verabredungen mit Russland hindert, der sieht nicht, wie bedrohlich dieser Konflikt für die weitere Entwicklung ist, auch in der Abrüstungspolitik.

Mit dem Fingern auf den anderen zeigen:

»Vor diesen Atomwaffen muss die USA sich fürchten.«

Sowohl die Amerikaner als auch die Russen sind derzeit dabei, ihr Atomwaffenarsenal umfassend zu modernisieren. Begründet wird dies jeweils mit den Entwicklungsprogrammen der anderen. Der US-amerikanische Militär-Journalist Dave Majumdar bezeichnete kürzlich im Magazin National Interest insbesondere fünf russische Neuentwicklungen als besorgniserregend.

Als größte Bedrohung stuft er die russischen U-Boote vom Typ Borej 955 ein. An zweiter Stelle, so Majumdar, folgte diejenige Waffe, ohne die das Borej-U-Boot nur halb so gefährlich wäre: Die ballistische Interkontinentalrakete Bulawa RSM-56, deren Reichweite 6.200 nautischen Meilen beträgt und die Sprengköpfe mit einem Gewicht bis zu 10.500 Kilotonnen tragen könne. Ebenfalls als hochgradig gefährlich stuft er die Mehrzweck-U-Boote vom Typ Yasen ein. Auf Platz vier folgen die taktischen Atomwaffen. Etwa 2 000 hielt Russland derzeit einsatzbereit. Als letzte große Bedrohung nennt Majumdar die Interkontinentalrakete RS-24 Jars. Diese könne bis zu vier unabhängig gelenkte Sprengköpfe tragen und werde entweder von einem Silo aus abgefeuert oder könne in Fahrzeugen transportiert werden.

Eine deutsche Zeitung titelt: Fliegen russische Bomber mit Atomwaffen über Europa? Im Text geht es um Flüge über internationalen Gewässern. Eine andere Schlagzeile mahnt: Russlands Raketentruppen bereit zum Atomwaffeneinsatz auf Befehl.

Das ist gefährliches Säbelrasseln, wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Artikel wie dieser dienen in der Auseinandersetzung um die Hausmittel für die Modernisierung der US-Atomwaffen als Rechtfertigung für neue eigene Atomwaffen.

[Julia Berghofer]



Inspektion der Demontage von Pershing II - Raketen

[Foto: US gov]

INF-Vertrag in Gefahr

DAS RISIKO EINES NUKLEAREN WETTRÜSTENS IN EUROPA WÄCHST

Die USA, Russland und Nachfolgestaaten¹ der UdSSR sind die einzigen Staaten, die an den INF²-Vertrag gebunden sind. Er kann jedoch jederzeit einseitig aufgrund bedeutender nationaler Sicherheitsinteressen gekündigt werden. Raketenprogramme von Drittstaaten, die zum Teil erst nach der Unterzeichnung des Vertrages entwickelt wurden, haben schon zu Forderungen geführt, den Vertrag entweder für weitere Unterzeichner zu öffnen, also zu einem multilateralen Vertrag zu machen, oder ihn zu kündigen. Im Folgenden fassen wir eine Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik für unsere FreiRaum-Leser zusammen.

Mit dem Ausbruch der Ukraine-Krise im Frühjahr 2014 ist der Dialog über Fortschritte in der nuklearen Rüstungskontrolle weitgehend zum Stillstand gekommen. Es kommt hinzu, dass Russland und die USA nun auch vorhandene Rüstungskontrollabkommen und -kooperationen vermehrt in Frage stellen, dazu gehört der INF-Vertrag.

VORWÜRFE DER USA

Laut Presseberichten haben die USA 2008 erste Erkenntnisse gewonnen, dass Russland ein gemäß INF-Vertrag untersagtes Waffensystem erprobt. Ein Bericht des US State Department vom Juli 2014 über die Einhaltung internationaler Rüstungskontrollverträge enthielt dann auch die förmliche Feststellung der US-Regierung, Russland verstoße gegen das im INF-Vertrag fixierte Verbot, landgestützte Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km bzw. Startvorrichtungen für solche Waffen zu besitzen, zu produzieren oder zu erproben. Aus öffentlichen Quellen ist nicht ersichtlich, mit welchem Trägersystem Russland nach Auffassung der USA den Vertrag verletzt.

DIE RUSSISCHE ANTWORT

Die russische Regierung weist den Vorwurf des Vertragsbruchs zurück. Die Anschuldigungen seien so vage, dass man sie nicht entkräften könne. Im August 2014 bezichtigte das russische Außenministerium seinerseits Washington, den INF-Vertrag zu verletzen bzw. dies zu planen. Ein Vorwurf ist nicht so leicht von der Hand zu weisen. Es ist umstritten, ob die Senkrechtstartanlage Mk41, die bisher auf US-Schiffen etwa für den Abschuss von Raketen und Marschflugkörpern verwendet wird, auch zum Einsatz bodengestützter Marschflugkörper taugt.

DIPLOMATISCHES PATT

Soweit erkennbar, ist bisher kein Dialog zwischen Russland und den USA zustande gekommen, der wesentlich zu einer Klärung der im Raum stehenden Anschuldigungen beigetragen hätte. Beim Besuch einer hochrangigen US-Delegation unter Leitung von Rose Gottemoeller, der Staatssekretärin für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit, in Moskau am 11. September 2014 wurden in der Sache keine Fortschritte erzielt, aber immerhin weitere Treffen auf der Ebene technischer Experten vereinbart. Vermutlich wollten beide Seiten so vermeiden, dass der im INF-Vertrag angelegte Konsultationsmechanismus der Special Verification Commission (SVC)³ revitalisiert wird. Diese hat zuletzt 2003 getagt.

DIE EUROPÄISCHE DIMENSION

Aus europäischer Sicht ist dieser Stillstand beunruhigend. Je länger die Vorwürfe ungeklärt im Raum stehen, desto größer wird die Gefahr, dass der Vertrag scheitert. Sowohl in Moskau als auch in Washington nutzen Rüstungskontrollgegner die aktuelle Auseinandersetzung, um für einen Ausstieg aus dem INF-Vertrag zu werben. Dann stünde einem neuen nuklearen Wettrüsten bei den Mittelstreckenwaffen in Europa zumindest völkerrechtlich nichts mehr im Weg. [wsh]

Zusammenfassung einer Analyse von Oliver Meier für die Stiftung Wissenschaft und Politik: »Das Risiko eines nuklearen Wettrüstens in Europa wächst«, SWP-Aktuell, 2/2015
www.swp-berlin.org/de/publikationen/swp-aktuell-de/swp-aktuell-detail/article/krise_des_inf_vertrages.html

Detailliert auch mit den technischen Hintergründen Otfried Nassauer
<http://das-blaettchen.de/2015/02/raketentests-gegen-den-inf-vertrag-vertragsverletzung-oder-vertragsverhinderung-teil-ii-31896.html>

1 Auch jene Nachfolgestaaten auf denen sich INF-relevante Waffen und/oder INF-relevante Einrichtungen befanden sind (auf unterschiedliche Weise) an den Vertrag gebunden

2 (Intermediate Range Nuclear Forces, zu deutsch: nukleare Mittelstreckensysteme)

3 In diesen müsste auch u.a. die Ukraine einbezogen werden

Im Blick // Siebzig Jahre

Beilage FreiRaum Nr. 1 / März 2015

www.pressehuette.de

Die Kampagne atomwaffenfrei.jetzt lud am 31. Januar zu einer bundesweiten Planungs- und Aktionskonferenz „70 Jahre Hiroshima/Nagasaki“ ins Neue Rathaus in Hannover ein. Im historischen Hodlersaal (Bild in der Mitte) begrüßte OB Stefan Schostok die Vertreter der Friedensgruppen (Bild rechts). Uli Wohland von der Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden moderierte das Treffen (Bild links). [Bilder: Klaus Müller]



Erinnern allein reicht nicht...

Die Ukraine-Krise beherrscht mittlerweile nicht nur die Medien und abstrakte politische Diskussionen, sondern ist in spürbare Nähe gerückt – spätestens seitdem Deutschland die Führung der sogenannten NATO-Speerspitze übernommen hat. Das Militärbündnis plant derzeit eine ganze Reihe neuer Stützpunkte in den osteuropäischen Mitgliedstaaten. Im US-Kongress gibt es Stimmen, die eine Ausweitung der nuklearen Teilhabe auch auf osteuropäische Länder nicht mehr ausschließen.

Die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki jähren sich 2015 zum 70. Mal. Diese Jahrestage erinnern uns daran, alles uns Mögliche zu tun, damit solche Tragödien sich nicht wiederholen.

Ob es reines Glück war oder doch einem Mindestmaß an politischer Vernunft geschuldet, dass diese beiden Gewaltakte bisher die einzigen ihrer Art waren, mag dahingestellt sein. Klar ist aber, dass wir neben dem Gedenken an die Tausende von Opfern der US-amerikanischen Angriffe den Blick auch auf die Betroffenen der nuklearen Tests richten müssen.

Während die Menschen in Hiroshima und Nagasaki und die Menschen nahe der Testgebiete unmittelbar mit der Bombe in Berührung gekommen sind - im wahrsten Sinne des Wortes - und zum großen Teil noch über Jahrzehnte und Generationen hinweg

unter den gesundheitlichen Auswirkungen der tödlichen Strahlung leiden, sind wir alle derselben Bedrohung und den daraus folgenden Ängsten latent ausgesetzt.

Ein besonders tragisches Beispiel hierfür sind die Marshall Inseln, die von der amerikanischen Regierung für 67 nukleare Tests missbraucht wurden. Aber auch in anderen Gebieten, in den USA selbst, in Australien oder in Kasachstan wurden Menschen – noch dazu Bürger und Bürgerinnen, die der Staat eigentlich mit eben jenen Nuklearwaffen schützen will – als Versuchsobjekte benutzt. Den Regierungen war es gleichgültig, wer durch ihre Tests zu Schaden kam.

Die Erinnerungen dieser Menschen, die ihre Geschichten auf offiziellen Konferenzen vor Regierungsvertretern und der Zivilgesellschaft erzählen und die nur sehr abgebrühte Zuhörer unberührt lassen können, unterscheiden sich natürlich von den Erinnerungen der wenigen heute noch Überlebenden der Bomben von Hiroshima und Nagasaki. Wo auch immer Hibakusha von den Tagen im August 1945 berichten, schwingt noch ein ganz anderes Grauen mit. Das Grauen der Ausweglosigkeit und der Schrecken des schieren Ausmaßes der Detonationen. Weder hatte die Zivilbevölkerung ahnen können, was passieren würde, noch konnte sie aus eigener Kraft die Städte verlassen. Die Zeit geht zu Ende, wo sie als lebende Zeitzeugen berichten und appellieren

können. Die in Hannover geplanten Aktionen sollen dazu beitragen, dass sie noch erleben, dass die Atomwaffen verboten werden und von der Erde verschwinden. Wir fordern Sie auf, machen Sie mit, werden Sie aktiv. Dabei gilt: Erinnern allein reicht nicht... [Julia Berghofer]



HANNOVER

Die niedersächsische Landeshauptstadt ist seit über 30 Jahren Partnerstadt von Hiroshima und versteht sich als Stadt des Friedens. Das betonte der Hannoveraner Oberbürgermeister Stefan Schostok gegenüber Vertretern der Friedensbewegungen anlässlich des Planungstreffens zum 70. Jahrestag der Bombenabwürfe.

Der Oberbürgermeister von Hannover ist daher einer von acht Vizepräsidenten von Mayors for Peace. Hannover koordiniert die rund 400 deutschen Mitgliedstätte.



FLAGGENTAG

Der Flaggentag am 8. Juli ist der Auftakt zu mehrwöchigen Aktivitäten in Hannover. Fahnen für Flaggentag-Aktionen in anderen Städten können in Hannover bestellt werden.

Die Stadtverwaltung und die japanischen Freundschaftsvereine wollen ein gemeinsames Programm gestalten. In der Zeit bis zum 6. August sind Podiumsdiskussionen zu aktuellen friedenspolitischen Themen geplant, ebenso wie mehrere Ausstellungen und Mitmachaktionen.

Der Christliche Verein Junger Menschen (CVJM) führt in Hannover in diesem Jahr ein internationales Sommerlager durch, an dem 46 Jugendliche aus Hiroshima und weitere aus den USA und Russland teilnehmen werden. Im Hiroshima-Hain wird es eine Gedenkveranstaltung geben. Dort sind seit 1987 zur Erinnerung an die 110 000 Menschen, die direkt bei der Detonation ums Leben gekommen sind, 110 Kirschbäume gepflanzt.

Informationen:

mayorsforpeace@hannover-stadt.de



Foto: Stadt-Heidelberg

Aktionsaufrufe

BÜCHEL 65

Kurz vor und während der Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrages soll eine 65-tägige Aktion des zivilen Ungehorsams den Druck auf die deutschen Vertreter nochmals erhöhen: büchel65.

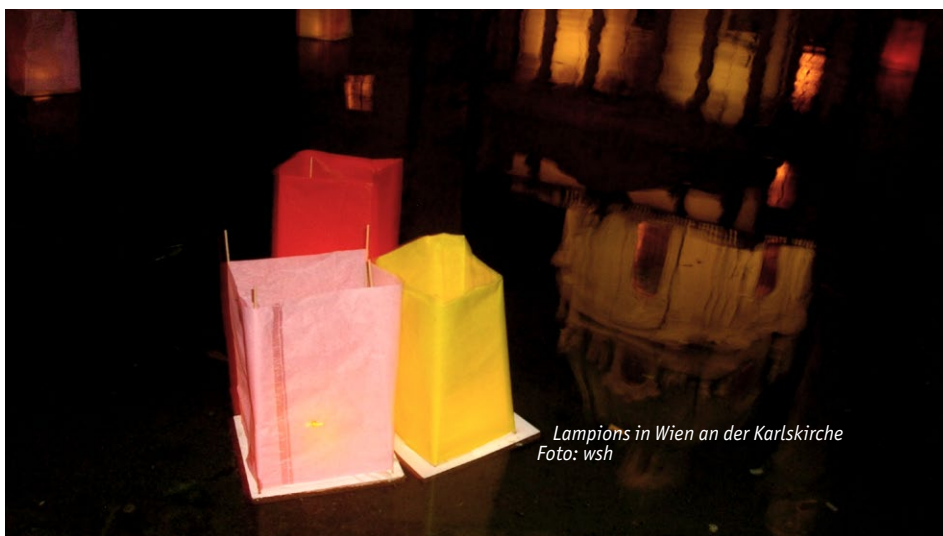
In dieser Zeit sollen Blockadeaktionen den geregelten Ablauf des Fliegerhorstes Büchel, in dem die letzten Atomwaffen in Deutschland gelagert sind, stören. büchel 65 ist für alle Gruppen offen, ob eine Nacht zu zweit auf der Isomatte oder als größere Gruppe über mehrere Tage. Eine Idee wäre auch, den eigenen Geburtstag in Büchel zu feiern. Wahlweise den Namenstag oder ein anderes Jubiläum, das in den Zeitraum zwischen 26. März und 29. Mai fällt. Schön wäre es, wenn sich auch bekannte Persönlichkeiten und Mandatsträger wie Abgeordnete und Bürgermeister unter die Teilnehmer mischen.

Weitere Informationen:

Telefon (0 58 41) 96 12 70 und unter www.buechel-atomwaffenfrei.de/buechel65

NACHT DER 70.000 KERZEN

Schon 2010 folgten bundesweit viele Städte dem Aufruf, mit vielen Kerzen der Atom-bombenopfer zu gedenken und ein Zeichen für eine Welt ohne Atomwaffen zu setzen. Auf verschiedenen öffentlichen Plätzen, aber auch vor Militäreinrichtungen, Rathäusern, Kirchen oder auf Flüssen und Seen wurden Hunderte bis Tausende von Kerzen angezündet. Auch in diesem Jahr sollen Kerzenmeere an Hiroshima und Nagasaki erinnern.



Lampions in Wien an der Karlskirche
Foto: wsh

FASTENKAMPAGNE

Matthias W. Engelke, Vorsitzender des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, hat eine Fastenkampagne gestartet. Er versprach vor fünf Jahren: „Solange ich lebe und solange Atomwaffen in Deutschland stationiert sind, werde ich jedes Jahr einen Tag länger für ihren Abzug und ihre Vernichtung fasten“. Das öffentliche Fasten beginnt jedes Jahr einen Tag früher. 2015 am 31. Juli. Die Fastenden und ihre Unterstützer gehen auf öffentliche Plätze, zu Botschaften, zu Regierungssitzen und militärischen Standorten, um eine atomwaffenfreie Welt zu fordern. Das öffentliche Fasten endet jedes Jahr am Atomwaffenstandort Büchel am 9. August. In den Tagen davor, ab dem 6. August, gibt es seine Mahnwache am Haupttor und Protestaktionen in der Region. Auch in anderen Ländern finden Fastenaktionen statt.

Es gibt verschiedene Wege, sich an der öffentlichen Fastenkampagne für eine atomwaffenfreie Welt zu beteiligen.

Selbstverpflichtung: Sie verpflichten sich an der Kampagne teilzunehmen. Sie erklären: Ich werde jedes Jahr einen Tag länger fasten - so lange, bis die Atomwaffen abgezogen sind.

Unterstützungsaktion 2015: Sie unterstützen die Fastenkampagne, indem Sie dieses Jahr einen oder mehrere Tage in Ihrer Heimatstadt oder an einem anderen Ort öffentlich fasten.

Weitere Informationen:

Dr. Matthias-W. Engelke,
Steegerstr. 34, 41334 Nettetal
E-Mail: mwEngelke@t-online.de

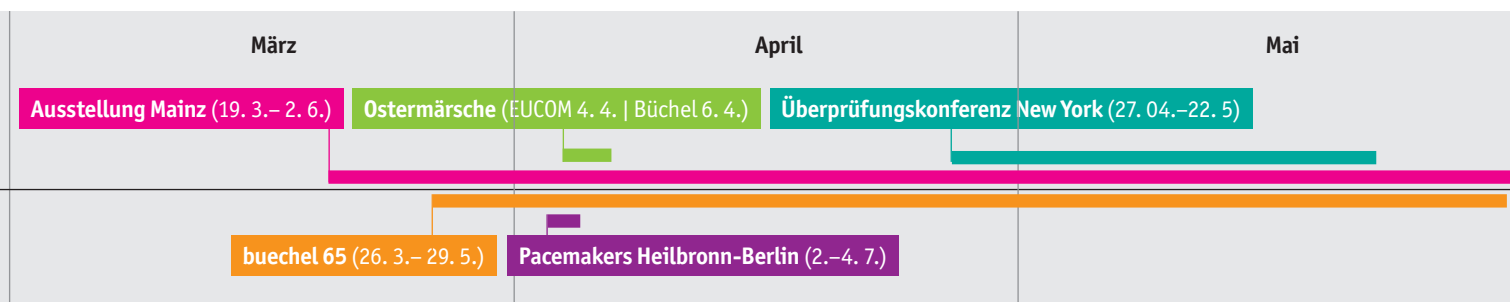




Foto: wsh

KRANICHE FALTEN

Die bunten Origamivögel sind das Symbol der kleinen Sadako Sasaki, die an Leukämie, einer der Spätfolgen der Hiroshima-Detonation, erkrankte. Einer japanischen Legende nach bekommt derjenige, der 1000 Kraniche faltet, von den Göttern einen Wunsch erfüllt. Der Wunsch des Mädchens, ihre Krankheit zu überleben, hat sich zwar nicht erfüllt. Doch noch heute stehen die gefalteten Kraniche für Frieden und Hoffnung. Mit von Jugendgruppen, Schulklassen oder Passanten gefalteten Kranichen lässt sich eine Installation herstellen.

Weitere Informationen:

www.pressehuette.de

Aktionsideen

STRASSENTHEATER

Kleine Straßentheater eignen sich für eine Aktion in der Fußgängerzone, auf belebten Plätzen und überall dort, wo viele Menschen vorbeikommen.

DIE-IN UND SCHATTENRISSE

Ein klassisches Straßentheater zum Hiroshimatomag ist das Die-in. Mit Kreide werden Umrisse aufgezeichnet, welche die Schatten symbolisieren sollen, die von den verbrannten Menschen übrig geblieben.



Foto: wsh

DIE BOMBE AUF DEN MÜLLHAUFEN DER GESCHICHTE

Die Bombe wird man nicht so einfach los – oder doch? Zumindest symbolisch kann man sich ihrer ganz leicht entledigen. Junge Mitglieder des Versöhnungsbundes haben es im Vorfeld der Humanitären Konferenz in Wien demonstriert: Man nehme eine Gruppe von Menschen, ein paar Ballons und einen Müllsack. Der Weg der Bombe von der Militärbasis in den Müll wird begleitet von einem Sprechchor, der Informationen zu einem Bombentyp gibt, wer sie besitzt, wo sie stationiert ist und welche Auswirkungen ihr Einsatz hätte. **Eine Vorlage für den Sprechertext erhalten Sie beim Internationalen Versöhnungsbund in Wien: office@versoehnungsbund.at**

DIE ATOMKRIEGSUHR: DOOMSDAY CLOCK

Mit einer Uhren-Attrappe können wir die Aufmerksamkeit von Passanten auf unsere Aktion lenken. Die Atomkriegsuhr, die sogenannte Doomsday Clock, die seit 1947 die globale Bedrohung der Menschheit symbolisiert, wurde diesen Januar auf drei vor zwölf gestellt. Im Jargon der (Atom)wissenschaftler bedeutet das: Die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe ist sehr hoch. Zuletzt stufte man die Erde 1984 als derart gefährdet ein – also zu Hochzeiten des Kalten Krieges. Neben der stetigen Modernisierung der weltweiten Nuklearwaffenarsenale betrachten die Forscher aber auch den fortschreitenden Klimawandel als möglichen Vernichtungsgrund. Damit bestätigen sie die These, die Eric Schlosser in seinem Buch „Command and Control“ aufstellt. Das Szenario, dass intendiert oder unbeabsichtigt Atomwaffen detonieren, ist nur eine Frage der Zeit. Fukushima hat uns das ein weiteres Mal bestätigt.

GRUSSBOTSCHAFTEN

Wie jedes Jahr veranstalten die Hiroshima-Gruppe und das Friedensbüro Wien in Kooperation mit österreichischen Friedensinitiativen am 6. August 2015 ab 18 Uhr am Wiener Stephansplatz eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima. Grußbotschaften von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie von Menschen, die sich an der Basis für eine Welt ohne Atomwaffen engagieren, werden veröffentlicht und können im Vorfeld per Email an pax.vienna@chello.at geschickt werden!



Foto: wsh

HOFFUNGSZEICHEN PFLANZEN

Im Green Legacy-Projekt verschenkt Hiroshima Samen von Bäumen, die den Bombenabwurf überlebt haben. Sie sollen öffentlich gepflanzt werden, mit einer Tafel, die an die Herkunft der Bäume erinnert und der Hoffnung auf eine Welt ohne Atomwaffen Ausdruck verleiht. Ein Überlebensbaum in Ihrem Ort? In der Pressehütte Mutlangen sind Gingko-Setzlinge erhältlich.

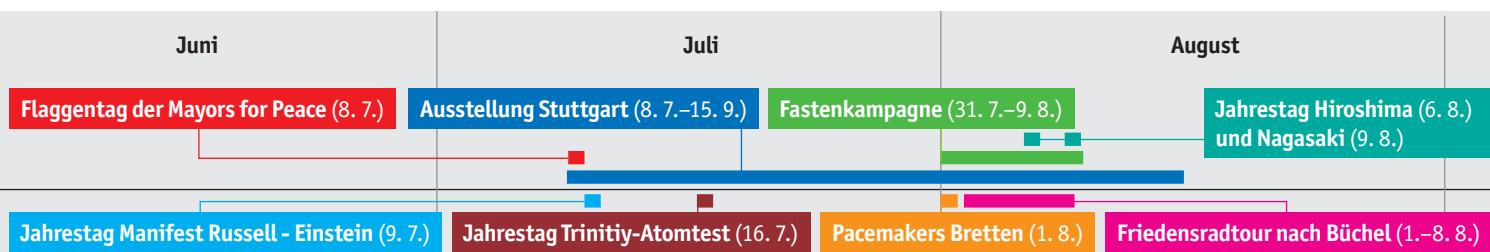


Foto: Tobias Bollinger

FRIEDENSRADTOUREN

Ob mit Rennrad, Tourenrad oder Pedelec – Sie können für den Frieden in die Pedale treten. Pacemakers spurten von Heilbronn bis Berlin. Sie überbringen eine Erklärung an die Botschaften der Atommächte. Sie starten in Bretten zu einem Rundkurs. Büchel ist das Ziel einer Friedensradtour für jeden. Fahren Sie mit oder organisieren sie eine eigene Tour.

Kontakt: Roland Blach
Telefon: (07 11) 51 88 56 01
E-Mail: ba-wue@dfg-vk.de





Zeichnung aus der Broschüre mit der Erzählung des Überlebenden Takahashi

Materialien

AUSSTELLUNGEN

Das Friedensmuseum Hiroshima und die Mayors for Peace stellen Plakate für eine Ausstellung über die Atombombenabwürfe und ihre Folgen zur Verfügung. Die IPPNW lenkt mit ihrer Ausstellung „Hibakushas – weltweit“, den Blick auf alle Opfer von Atombomben und der dazugehörigen Atomindustrie. Informieren Sie sich auf der unten angegebenen Homepage und regen Sie eine Ausstellung in ihrem Rathaus, einer Schule oder Kirchengemeinde an.

VIDEOBOTSCHAFTEN

Zusätzlich zu den Ausstellungen planen wir Videobotschaften und Tondokumente anzubieten, die dabei oder in Veranstaltungen genutzt werden können. Beispielsweise ein Rede des Außenministers der Marshall Inseln.

GROSSPLAKATE

Das Netzwerk Friedenskooperative plant, großflächige Plakatflächen für Städte zu gestalten. Es bietet ein Motiv zum Kauf an. Sie können vor Ort die Werbefirmen ansprechen. Die Flächen können für jeweils 10 Tage gemietet werden (Maße: 3,56 x 2,52 m). Oft liegt in den Sommermonaten zu wenig (bezahlte) Werbung vor, so dass die Chance groß sein kann, einen günstigen Preis oder eine Fläche auch umsonst zu bekommen. Das Netzwerk arbeitet gerade an der Motiventwicklung und an einem Praxisleitfaden, wie das alles genau geht.

Kontakt: Netzwerk Friedenskooperative
Kristian Golla, Römerstr. 88, 53111 Bonn
Telefon: (0228) 692904
E-Mail: friekoop@friedenskooperative.de

FILM MUTLANGEN

Der Dokumentarfilm „Unser Mut wird langen – nicht nur in Mutlangen“ schlägt den Bogen von den gewaltfreien Blockaden gegen die Pershing 2 in den Achtziger Jahren zu den Blockaden am letzten deutschen Atomwaffenlager in Büchel. Isabel Huber vom Verein „Strahlendes Klima“ hat mit Jugendlichen diesen halbstündigen Film aus historischen Aufnahmen, Zeitzeugeninterviews und aktuellen Aufnahmen produziert. Ein Film der informiert und motiviert.

Die DVD mit dem Film kann bestellt werden über die Presshütte Mutlangen

Telefon: (0 71 71) 7 56 61
E-Mail: redaktion@presseheute.de

BROSCHÜRE

Die Geschichte Takahashis, eines Jungen, der den Atombombenabwurf auf Hiroshima erlebt hat, erzählt ein kleines Büchlein, das ursprünglich von der Landeshauptstadt Hannover herausgegeben wurde. Es enthält darüber hinaus Informationen zur aktuellen atomaren Bewaffnung und Aktivitäten für eine Welt ohne nukleare Bedrohung. Das Büchlein wird zum Flaggentag von der Pressehütte neu aufgelegt und kann durch ein Grußwort des eigenen Bürgermeisters oder Vorststellung der eigenen Gruppe lokal variiert werden.

Kontakt
redaktion@pressehuetten.de
Telefon (0 71 71) 18 20 58

BÜNDNISPARTNER

Um mit den geplanten Aktionen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, sollten auch Schlüsselpersonen aus Politik und Zivilgesellschaft mit eingebunden werden: Bürgermeister, die Mitglieder bei Mayors for Peace sind, können angesprochen werden, andere müssen aktiviert werden. Ebenso lohnt es sich, mit lokalen Abgeordneten zusammenzuarbeiten, oder Vertreter von Kirchen oder des Roten Kreuzes einzubeziehen.

Aktiv werden – melden Sie Ihre Aktion an!
www.hiroshima-nagasaki.info

Zur Koordinierung der einzelnen Aktionsideen ist das Netzwerk Friedenskooperative momentan dabei, eine Internetseite einzurichten. Unter www.hiroshima-nagasaki.info gibt es in Kürze weitere Informationen und es besteht die Möglichkeit, Partner und Referenten zu finden und sich überregional auszutauschen.



»Im Blick« ist eine Beilage des Magazins »FreiRaum – Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen. Für die friedliche Nutzung des Weltraums«, herausgegeben von der Pressehütte Mutlangen. Diese Ausgabe wird auch den Magazinen VERSÖHNUNG (www.versoehnungsbund.de) und SPINNRAD (www.versoehnungsbund.at) beigelegt.

Redaktion
Wolfgang Schlupp-Hauck

Den vollständigen FreiRaum finden Sie auf der Homepage www.pressehuetten.de oder bestellen Sie die gedruckte Ausgabe.

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststraße 3, 73557 Mutlangen, Telefon 0 71 71-7 56 61

Spendenkonto
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb, BLZ 614 500 50, Konto: 800 268 499
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99, BIC: OASPD63333
Stichwort: »Im Blick«. Bitte vollst. Adresse angeben!

atomwaffenfrei.
 **jetzt**

- ➔ **Abzug der Atomwaffen aus Deutschland!**
- ➔ **Keine Modernisierung von Atomwaffen!**
- ➔ **Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen – weltweit!**



Topol-M

[Foto: bastion-karpenko.ru]

Was wissen wir über die russische Nuklearbewaffnung?

PETER SCHULZ ANALYSIERT FÜR DEN FREIRAUM DEN UMFANG UND AKTUELLE ENTWICKLUNGSRICHTUNGEN

Bei den Atomwaffen unterscheidet man nach der Einsatzebene zwischen strategischen und taktischen Waffen. Die strategischen Waffen der USA und Russlands unterliegen dabei dem New-START-Vertrag. Als dieser Vertrag am 8. April 2010 in Prag von den beiden Präsidenten unterzeichnet worden ist, waren auch die Konturen der Entwicklungsrichtung dieser Atomwaffen sowohl der USA als auch Russlands deutlich gezeichnet. Für Russland umreißen folgende Aussagen die Position der Militärs. Am 10. Juli 2009 gab der scheidende Kommandierende der Strategischen Raketentruppen Generaloberst Solowzow bekannt, dass es eine neue schwere Interkontinentalrakete geben wird. Der neue Befehlshaber Generalleutnant Schwaitchenko präzisierte am 16. Dezember 2009, dem Vorabend des 50. Jahrestages der Formierung der Strategischen Raketentruppen, dass bis 2016/2017 achzig Prozent der Interkontinentalraketen durch neuere ersetzt werden. Dazu gehört die schwere Interkontinentalrakete SARMAT. Sie wird die über 20 Jahre alten Rakete vom Typ R-36 M2 WOJEWODE (NATO-Bezeichnung SATAN) ablösen. Produziert wurde diese Rakete im ukrainischen Dnepropetrowsk. Vor der Ukrainekrise wurde die Lebensdauer dieser SATAN-Raketen um acht bis zehn Jahre verlängert. Nun wird die Rakete SARMAT eine der wenigen russischen Abhängigkeiten von der Ukraine beenden.

Einen Umbruch erlebt auch die russische Seekriegsflotte. Sie verfügt derzeit über acht U-Boote, die jeweils 16 ballistische Raketen (SLBM) tragen. In der Seekriegsflotte werden vor allem neue U-Boote vom Typ BORJ mit BULAWA-Raketen in Dienst gestellt. Zur strategischen Triade gehören als drittes Element die schweren Tupolew-Bomber Tu-95MS und Tu-160. Deren Nuklearbewaffnung besteht in nuklear bestückten Flügelraketen vom Typ Ch-55.

Schwieriger ist es, das derzeitige taktische Atomwaffenpotenzial zu beurteilen. Wir haben es mit operativ-taktischen ballistischen Raketen, mit Artilleriegeschützen ab Kaliber 152 mm und mit taktischen Bombern zu tun.

STRATEGISCHE NUKLEARWAFEN RUSSLANDS

RUSSISCHE BEZEICHNUNG	US-BEZEICHNUNG	VERTRAGSBEZEICHNUNG	ANZAHL
Interkontinentalraketen der Strategischen Raketentruppen (ICBM): 305			
R-36M2	SS-18	RS-20	46
UR-100NUTTch	SS-19	RS-18	60
TOPOL	SS-25	RS-12M1	72
TOPOL-M (Silo)	SS-27	RS-12M2	60
TOPOL-M (mobil)	SS-27	RS-12M2	18
JARS (Silo)	SS-29	RS-24	4
JARS (mobil)	SS-29	RS-24	45
Ballistische Raketen auf U-Booten (SLBM): 128			
R-29R	SS-N-18	RSM-50	80
SINEWA	SS-N-23	RSM-54	32
BULAWA	SS-N-30	RSM-56	16
Strategische Flugzeuge: 66			
TU-160	Blackjack		11
TU-95MS	Bear		55
			Gesamt: 499

Die angegebenen Zahlen der strategischen Atomwaffen beruhen auf der Zählweise des neuen START-Vertrages (New Strategic Arms Reduction Treaty). Gezählt werden Trägersysteme, nicht Sprengköpfe. Hierauf beruht die Differenz zu der bisher gebräuchlichen Zählung der Sprengköpfe. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI gibt für Russland eine Zahl von 8.000 Sprengköpfen an, davon seien 1.600 einsatzfähig.

Die taktischen Waffen können sowohl konventioneller als auch nuklearer Natur sein. Dabei stellen die ballistischen Raketen das Hauptfeuermittel der Landstreitkräfte dar. Gerade mit diesen Feuermitteln wurden die sowjetischen in den letzten Jahren ausgestattet. So wurde am 4. April 2011 zwischen dem russischen Verteidigungsministerium und dem Konstruktionsbüro Maschinostrojenie in Kolomna ein Liefervertrag über Startrampen vom Typ ISKANDER-M (US-Bezeichnung SS-26) unterzeichnet. In den beiden letzten Jahren stattete dieses Konstruktionsbüro vier Raketenbrigaden mit jeweils zwölf Startrampen aus. Heute haben wir 64 Startrampen ISKANDER-M im Bestand der russischen Landstreitkräfte. Bei der Artillerie könnten die 240-mm-Granatwerfer TJULPAN, die 203-mm-Haubitzen 2S7 PION, die 152-mm-Haubitzen

2S3 AKAZIJA und 2S5 GIAZINT Nuklearmunition verschießen. Die russischen Militärs gehen von einer Reihe komplizierter Rahmenbedingungen für die weitere nukleare Abrüstung aus. So formulierte der stellvertretende Generalstabschef Generalleutnant Burutin, dass die Möglichkeiten bilateraler Abrüstungsverträge zwischen den USA und Russlands ausgeschöpft sind, in der nächsten Zeit ist es notwendig, dass alle Atom-mächte in die Abrüstungsverhandlungen einbezogen werden. Aus russischer Sicht stellt die Raketenabwehr, die vertraglich nicht mehr geregelt ist, einen wichtigen Kritikpunkt dar.

[Peter Schulz]

Luftfahrtmuseum Finowfurt, Arbeitsgruppe »Kalter Krieg«, weitere Informationen: www.peterhall.de



Mitglieder der geplanten Dauerpräsenz stellen in Hannover die Blockadepläne vor



[Foto links: Klaus Müller, rechts: Pressehütte/wsh]

65 Tage Blockaden in Büchel: 26. 3. bis 29. 5. 2015

Gewaltfreier ziviler Ungehorsam soll den letzten Atomwaffenstandort in Deutschland in Büchel in der Eifel in diesem Frühjahr stärker ins öffentliche Bewusstsein bringen und Druck machen für den Abzug dieser Massenvernichtungswaffen. Wolfgang Schlupp-Hauck stellte Ernst Ludwig Iskenius Fragen über die Pläne.

Wer steckt hinter büchel65?

Die Initiativgruppe setzt sich aus Menschen der Friedens- und Antiatombewegung zusammen. Alle haben jahrelange Erfahrungen mit Aktionen des gewaltfreien Widerstandes und der Blockaden. Wir möchten insbesondere aktive Basisgruppen aus einzelnen Städten und Orten ansprechen, die über Aufklärung und Protest hinaus den zivilen Ungehorsam als Mittel gegen das Unrecht der fortgesetzten Bedrohung durch Atomwaffen einsetzen wollen. Dabei nehmen wir juristische Verfolgung in Kauf und möchten so die politische Auseinandersetzung bis in die Gerichtssäle tragen. Diese Initiativgruppe wird die 65 Tage in Dauerpräsenz vor Ort sein. Wir sehen hier die einzigartige Chance, die Erfahrungen der Antiatombewegung mit Massenblockaden für dieses äußerst wichtige friedenspolitische Thema wirksam werden zu lassen. Das Verhältnis von ziviler und militärischer Nutzung der Atomtechnik soll trotz angeblichen Atomausstiegs erneut in den Mittelpunkt gestellt werden.

Warum der Zeitraum?

Mit büchel65 erinnern wir an den Bundestagsbeschluss am 26. März vor 5 Jahren. Damals forderte das Parlament mit ganz breiter Mehrheit - über die Parteigrenzen hinweg - die Bundesregierung auf, sich für den Abzug aller Atomwaffen auf deutschen Boden einzusetzen. Anstatt den breiten Willen von Parlament und Bevölkerung zu befolgen, ignorierten die damalige und auch die jetzige Bundesregierung diesen Beschluss. Sie fördert aktiv die neue atomare Aufrüstungsspirale, indem sie nicht nur die Pläne zur Stationierung neuer Atomwaffen durch die US -Regierung

toleriert, sondern selbst in die Modernisierung ihrer Trägersysteme, z.B. Kampfflugzeuge investiert. Das Ende von büchel65 fällt mit dem Ende der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York zusammen. Büchel65 verbindet so wichtige nationale und internationale Aktivitäten gegen die weltweite Atomwaffengefahr

Welche politischen Ziele verfolgt büchel65?

Der Atomwaffenstandort Büchel soll zum symbolischen Ort für den gewaltfreien Widerstand der Zivilgesellschaft gegen die Atomwaffen werden, ähnlich wie Mutlangen für die Friedensbewegung in den 80iger Jahren oder Gorleben für die Antiatom-Bewegung. Das schon vergessene und von den Medien verschwiegene Thema eines drohenden militärischen Einsatzes mit Atomwaffen soll wieder ins Bewusstsein zurückgeholt werden. Auf die Bundesregierung soll Druck ausgeübt werden, neue Initiativen zur atomaren Abrüstung zu ergreifen, gerade in Zeiten, wo die Zeichen auf Ost-West Konfrontation besteht und mit der Krise um die Ukraine ein Einsatz von Atomwaffen leider wieder wahrscheinlicher wird. Es ist unser spezifischer Beitrag zur Ächtung aller Atomwaffen.

Wie ist büchel65 organisiert?

Vor Ort wird es in den 65 Tagen eine Dauerpräsenz von jeweils 2-3 Personen geben. Diese empfängt die einzelnen Blockadegruppen, informiert über die aktuelle Situation vor Ort und begleitet die einzelnen Gruppen in ihren Blockadeaktionen. Die Gruppen sind selbst verantwortlich für ihre Blockadeaktion. Es gilt lediglich ein Aktionsrahmen, in dem das Vorbereitungsteam beschrieben hat, wie es sich gewaltfreies Verhalten bei zivilem Ungehorsam in Form von unangemeldeten, aber öffentlich angekündigten Sitzblockaden vorstellt. Wir gehen davon aus, dass sich die einzelnen Blockadegruppen zu Hause schon gemeinsam vorbereiten und auch entsprechende Pressearbeit vor und nach ihren

Blockadeaktionen an ihren jeweiligen Orten selbst durchführen. Als Vorbereitungsgruppe geben wir Hilfestellung in der Unterbringung und Durchführung der jeweiligen Aktion. Eine minimale Infrastruktur (beheizbares Versammlungszelt, Toiletten) wollen wir organisieren.

Was macht die Dauergruppe?

Im Vorfeld nimmt sie die Zusage der einzelnen Blockadegruppen entgegen und steht zur Beratung zur Verfügung. Sie koordiniert die Termine und versucht auf diese Weise, dass an möglichst vielen Tagen der Betrieb am Fliegerhorst empfindlich gestört werden kann. Sie steht auch als kontinuierlicher Ansprechpartner für örtliche und überörtliche Presse und Medien zur Verfügung. Sie berät und begleitet die einzelnen Blockadegruppen in ihren Aktionen. Sie wird verantwortlich für die Auftakt- und Abschlussblockade sein und macht überregionale Pressearbeit. Sie hält Kontakt zu anderen am Thema Büchel agierenden Gruppen und versucht den Widerstand stärker in der Region zu etablieren.

Was ist sinnvoll über den Fliegerhorst zu wissen, wenn eine Gruppe eine Blockade plant?

Wichtig ist, dass die einzelnen Blockadegruppen zunächst möglichst frühzeitig mit uns Kontakt aufnehmen. Wir haben ein entsprechendes Infopaket zusammengestellt, das wir jeweils den Gruppen zu ihrer Vorbereitung zur Verfügung stellen. Darüber hinaus können sie über unsere Homepage weitere Informationen zum Fliegerhorst bekommen, u.a. ist ein Blockadekalender und eine Karte mit allen Toren und Zugängen zum Fliegerhorst einsehbar. Beachtet werden sollte, dass es keine etablierte Infrastruktur vor Ort gibt, sondern die Gruppen selbst für Anfahrt, Essen und Übernachtung sorgen müssen. Um diese Zeit kann es in dieser Höhe auch noch empfindlich kühl sein. Zu dieser Jahreszeit kann es auch regnen oder gar noch schneien.

Wie sollen die Blockaden aussehen?

Kleinere Gruppen werden sicherlich sich nur ein Tor vornehmen können, größere Gruppen können eventuell auch zur gleichen Zeit mehrere Zugänge blockieren. Wichtig ist für uns, dass der Charakter einer Sitzblockade erhalten bleibt. Ansonsten ist es der Kreativität und Fantasie der einzelnen Blockadegruppen überlassen, wie sie ihren Blockadetag gestalten wollen. In der Regel beginnt werktags der Betrieb auf dem Fliegerhorst vor 6.30 Uhr, so dass möglichst früh die Zugänge besetzt sein sollten. Das bedeutet, dass die Gruppen bis spätestens 17.00 Uhr am Vortag angereist sein sollten.



Blockade 2013 [Foto: Pressehütte/wsh]

Den Abend nutzen sie dann für gemeinsame Aktionsvorbereitung und letzten Absprachen. Die Gruppen entscheiden, wie lange sie blockieren: Ein paar Stunden oder vielleicht auch an mehreren Tagen hintereinander den Betrieb empfindlich zu stören. Am Wochenende ist allerdings nur recht spärlicher Betrieb von Ein- und Ausfahrten von diesem Gelände. Wir sehen aber auch in diesem Fall Blockaden als sinnvoll an.

Wie kann sich eine Gruppe an büchel65 beteiligen? Was soll sie tun?

Wenn eine kleine Gruppe von 5 oder 6 Leuten beschlossen hat, gemeinsam in Büchel zu blockieren, sollte sie sich über eine Kontaktperson über unsere Homepage anmelden. Das sollte möglichst frühzeitig erfolgen. Wir würden dann Kontakt aufnehmen und alle Fragen im Vorfeld besprechen. Sehr schön wäre es, wenn aus dem jeweiligen Umkreis der Gruppe (privat, politisch) noch weitere Personen geworben werden könnten mitzumachen. Wichtig ist, diese Blockade in den örtlichen Zeitungen anzukündigen und vielleicht einen Bericht zu verfassen.

Zur Vorbereitung sollten nicht nur organisatorische, gestalterische und rechtliche Fragen innerhalb der Gruppe geklärt werden, sondern auch erwogen werden, ob es noch eines gemeinsamen Aktionstraining bedarf. Eine solche Möglichkeit könnte an die KURVE Wustrow vermittelt werden. Zur Nachbereitung sollte die Gruppe in jedem Fall ein gemeinsames Photo von der Blockade machen und es in ihrer örtlichen Presse veröffentlichen. So werden die einzelnen Blockadegruppen zu Botschaftern für büchel65 und darüber hinaus.

Welche rechtlichen Konsequenzen sind zu erwarten?

Blockaden werden in der Regel, wenn überhaupt, als Ordnungswidrigkeit geahndet und mit einem Bußgeld belegt. Sie können aber auch einmal als Straftat angeklagt werden. Bisher ist das wegen Teilnahme an Blockadeaktionen in Büchel noch nicht vorgekommen. In unseren Augen befürworten wir auch die politische Auseinandersetzung dieser Regelverletzung bis in die Gerichtssäle.

Welche Unterstützung für eventuelle Prozesse gibt es?

Ein Mitglied unserer Organisationsgruppe berät in rechtlichen Fragen. Ansonsten stehen wir mit dem Rechtshilfebüro Hamburg in Verbindung und können dementsprechend vermitteln. Auf jeden Fall sollte, wenn es zu rechtlichen Konsequenzen kommt, sich jeder bei uns melden, so dass auch kurzfristig Unterstützung und Hilfe organisiert werden kann. Niemand sollte mit den rechtlichen Konsequenzen allein dastehen.

Wo und wie kann man übernachten?

Mit der Anmeldung der Blockade bei uns bekommt jede Gruppe eine Aufstellung verschiedener Übernachtungsmöglichkeiten in der Region (von preiswerter Pension über Gemeindehaus, Tagungshaus bis zu privaten Einzelunterkünften). Die Gruppen haben allerdings selbst dann für die Unterkunft ihrer Mitglieder zu sorgen. Für Camper wird eine Wiese neben dem Haupttor zum eigenen Zelt aufschlagen zur Verfügung stehen.

Was kann man zu Hause für büchel65 tun?

Erwähnt habe ich schon die Öffentlichkeitsarbeit, das Werben für diese Aktionsidee und die intensive Vorbereitung. Aufgaben sollten schon im Vorfeld verteilt sein. Nicht jeder in einer Gruppe muss blockieren. Ist ein Aktionstraining erforderlich, kann dieses schon zu Hause stattfinden. Wir vermitteln gerne Kontakt zur Kurve Wustrow. Der Kreativität des Einzelnen oder der Gruppe sind keine Grenzen gesetzt. In begrenztem Umfang kann auch ein gedruckter Flyer angefordert werden. Dieser Flyer steht auch zum Download auf unserer Homepage. Schön ist, wenn möglichst viele Photos gemacht werden und uns mindestens ein oder zwei zur Verfügung gestellt werden.

Wie kommt man an weitere Informationen?

Unsere Homepage wird ständig aktualisiert: www.buechel-atomwaffenfrei.de/buechel65
Ein Informationsflyer kann unter »Materialien« herunter geladen und weiterverteilt werden.

Über unsere E-Mail-Adresse kann man/frau mit der Organisationsgruppe in Kontakt treten: info.buechel65@buechel-atomwaffenfrei.de

Infotelefon: (0 58 41) 96 12 70

Unsere Blockaden kosten Geld – bitte spendet schon jetzt, damit voll in die Mobilisierung eingestiegen werden kann!

IBAN: DE79 4306 0967 2029 8115 02

BIC: GENODEM1GLS

Geheimnisverrat: Verbot von Aufruf ist unrechtmäßig

Mit deutlichen Worten stärkt das Verwaltungsgericht Koblenz das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Es erklärt das Verbot eines atomwaffenkritischen Flugblattes für rechtmäßig. Der Heidelberger Atomwaffengegner Hermann Theisen forderte Bundeswehrsoldaten des Atomwaffenlagers Büchel auf, die Öffentlichkeit über die geplante Modernisierung von Atomwaffen zu informieren. Die Kreisverwaltung Cochem-Zell verbot die Verteilung des Flugblattes, weil die Soldaten damit zum Geheimnisverrat aufgefordert worden seien (§ 111 StGB i.V.m. § 353b StGB).

Dieser Auffassung widerspricht nun das Verwaltungsgericht Koblenz in seiner Entscheidung vom 10. Februar: »Das Verbot, das Flugblatt auf der angemeldeten Versammlung zu verteilen, stellt einen erheblichen Eingriff in die grundgesetzlich verbürgte Meinungs- und Versammlungsfreiheit des Klägers aus Art. 5 Abs. 1 und Art. 8 GG dar. (...) Das Verbot, diese Auffassung in der von ihm gewünschten Form öffentlich kund zu tun, beschränkt sein Recht, mit anderen Personen zur gemeinsamen öffentlichen Meinungsbildung in der von ihnen gewählten Art und Weise zusammenzukommen.«

In dem Flugblatt werde erklärt, »die Stationierung von Atomwaffen sei völkerrechtswidrig und der mögliche Einsatz von Atomwaffen wegen Verstoßes gegen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit verfassungswidrig. Von daher kann die Aufforderung an die in Büchel stationierten Soldaten des Jagdbombergeschwaders 33 auch als Appell an deren Gewissen verstanden werden mit dem Ziel, hierdurch eine öffentliche Auseinandersetzung über Fragen der Stationierung und Modernisierung von Atomwaffen herbeizuführen«, so das Verwaltungsgericht Koblenz. (1 K 893/14.KO)

Spannend ist nun wie das Amtsgericht Cochem mit einer Anklage der Staatsanwaltschaft Koblenz umgeht. Diese hat Anklage wegen Aufforderung zum Geheimnisverrat erhoben. Welche strafrechtliche Bewertung des Flugblattes wird es vornehmen. [DFG-VK]

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 1000

Herausgeber
Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnement: Euro 12.-€

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindungen
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte –
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
DE90 6136 1975 0055 6280 10

für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
IBAN: DE60 6145 0050 0800 2684 99
Stichwort: Spende FreiRaum
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)
Tel. 0 71 71 - 18 20 58
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Satz und Layout
Michael Heidinger Graphic Design
www.michael-heidinger.com

Druck
UWS-Druck und Papier GmbH
70184 Stuttgart,
Telefon (07 11) 46 30 05
mail@uws-druck.de

Überprüfungskonferenz

Der fünfjährige Überprüfungszyklus des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) findet nun sein Ende: vom 27. April bis zum 22. Mai findet in New York die Überprüfungskonferenz statt. Alle Mitgliedsstaaten des NVV und interessierte Nichtregierungsorganisationen sind dazu eingeladen.



Julia Berghofer und Marc Duchêne [Fotos: privat]

UNSERE VERTRETER IN NEW YORK

Für die Friedenswerkstatt Mutlangen und den FreiRaum werden Julia Berghofer und Marc Duchêne nach New York fliegen. Marc Duchêne hat an der TU Darmstadt Physik studiert und an Seminaren mit Regina Hagen zum Thema Kernwaffen mitgewirkt

Julia und Marc sind gespannt auf den Verlauf der Konferenz, da man sich im letzten Jahr nur auf die Tagesordnung einigen konnte, aber nicht auf einen Abschlussbericht.

Die beiden werden nicht nur auf das diplomatische Geschehen blicken, sondern auch auf die Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen wie den Mayors for Peace, Abolition 2000 oder ICAN.

BITTE AN UNSERE LESERINNEN UND LESER: → SPENDEN

Damit die Friedenswerkstatt den Flug, die Unterkunft und die Aktivitäten unserer Vertreter bei der Überprüfungskonferenz unterstützen kann, bitten wir alle um eine großzügige Spende. Im nächsten FreiRaum werden Sie dann erfahren, was wir bewegen konnten.

→ POSTKARTENAKTION

Damit unsere Bundesregierung daran erinnert wird, dass wir wollen, dass sie sich aktiv für den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland, gegen neue Atomwaffen und für ein weltweites Verbot einsetzt, schicken Sie die beigefügte Postkarte an unseren Außenminister.

Stellt Euch vor, es ist Krieg
und keiner geht hin.

